



SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium

Rat der Stadt Schwelm

Sitzungsort

Kreishaus in Schwelm - Kreistagssitzungssaal -, Hauptstr. 92, 58332 Schwelm

Datum

27.11.2014

Beginn

17:00 Uhr

Ende

21:05 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Bock, Sylvia Dr.
Bosselmann, Ralf
Christoforidou, Elissavet
Hortolani, Frauke Dr.
Kick, Hans-Werner
Lotz, Katharina
Mayer, Sascha Dr.
Philipp, Gerd E.
Schier, Klaus Peter
Tempel, Gabriele
Wapenhans, Detlef
Flüshöh, Oliver
Heinemann, Manfred
Kampschulte, Matthias
Lenz, Heinz-Jürgen
Lusebrink, Hans-Otto
Müller, Michael
Rüttershoff, Karen
Sartor, Christiane
Thier, Heinz Georg
Zeilert, Hans-Jürgen
Beckmann, Philipp J.
Schwunk, Michael
Stark, Wolfgang
Gießwein, Brigitta
Gießwein, Marcel
Weidenfeld, Uwe
Garn, Elke
Kranz, Jürgen
Feldmann, Jürgen
Lubitz, Eleonore
Bockelmann, Christian Dr.
Burbulla, Johanna
Huppelsberg, Wulf
Pfeffer, Jörg
Stutzenberger, Olaf

bis 20:40 Uhr - TOP A 13

Vorsitzender

Stobbe, Jochen

Sitzungsteilnehmer/innen von der TBS AÖR

Flocke, Markus

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Eibert, Peter
Guthier, Wilfried
Heringhaus, Petra
Klos, Karlheinz
Lache, Wolfhard
Lethmate, Egbert
Mollenkott, Marion
Müller, Ursula
Rudolph, Heike
Schweinsberg, Ralf
Sormund, Frank
Striebeck, Thomas
Weidner, Gabriele

Schriftführer/in

Söhner, Edeltraud

Abwesend:

Mitglieder

Kirschner, Thorsten
Rüttershoff, Heinz-Joachim

A Öffentliche Tagesordnung

- | | | |
|----|---|------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n | |
| 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 3 | Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung | |
| 4 | Mitteilungen des Bürgermeisters | |
| 5 | Ergänzung der stellvertretenden Ausschussbesetzung im Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung | 236/2014 |
| 6 | Neubildung des KAMS und Berufung ausländischer MitbürgerInnen als sachkundige EinwohnerInnen in städtische Ausschüsse | 244/2014 |
| 7 | 26. FNP-Änderung (Bereich Blücherstr./August-Bendler-Str.)
1. Ergebnis aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB
2. Ergebnis aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB
3. Beschluss zur Beteiligung gem. § 3 (2) BauGB und § 4 (2) BauGB | 198/2014/2 |
| 8 | Bebauungsplan Nr. 96 "Historische Brauerei"
1. Abwägung und Beschlussfassung aus den Beteiligungen gem. § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB

2. Beschluss zur erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 sowie zur erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB | 097/2014/2 |
| 9 | 1. Änderung Bebauungsplan Nr. 92 "Drosselstraße"
1) Ergebnis aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB
2) Ergebnis aus der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB
3) Beschluss zur erneuten Beteiligung gem. § 3 (2) BauGB und gem. § 4 (2) BauGB | 195/2014/2 |
| 10 | Bebauungsplan Nr. 97 "Südstraße"
1. Ergebnis aus der Beteiligung gem. § 3 (2) BauGB
2. Ergebnis aus der Beteiligung gem. § 4 (2) BauGB
3. Beschluss zur erneuten Beteiligung gem. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB | 206/2014/2 |

11	Haushalt 2015	
11.1	Haushaltssanierungsplan Maßnahme Nr. 11- Energiekosten Straßenbeleuchtung	202/2014
11.2	Erhöhung der Bewohnerparkausweisgebühren	258/2014
11.3	Haushaltssanierungsplan Maßnahme Nr. 12 - Optimierung der Musikschule	215/2014/1
11.4	Haushaltsantrag der Fraktion "Die Bürger" vom 29.09.2014 - Sach- und Dienstleistungen an die TBS	208/2014/1
11.5	Haushaltsantrag der Fraktion "Die Bürger" vom 29.09.2014 -Kenntnisnahme von Haushaltsüberschreitungen-	210/2014/1
11.6	Haushaltsantrag der Fraktion "DIE LINKE." vom 23.10.2014 -Forderung an die Landesregierung NRW und die Bundesregierung-	233/2014
11.7	Haushaltsantrag der Fraktion "DIE LINKE." vom 13.11.2014 - Einstellung eines/r Gewerbesteuerprüfers/- prüferin -	260/2014
11.8	Sportflächenentwicklung in Schwelm (Kunstrasen)	251/2014
11.9	Veräußerung des Gebäudes Kaiserstraße 69	252/2014
11.10	Erhöhung der Eintrittsentgelte für das Hallenbad sowie der Nutzungsentgelte für die Sportstätten der Stadt Schwelm	253/2014/1
11.11	Beitrag zur Haushaltskonsolidierung durch Einsparungen im Bereich der städtischen Kindertagesbetreuung	254/2014/1
11.12	Etatentwurf 2015 - Kürzung von Sach - und Dienstleistungen und sonstigen ordentlichen Aufwendungen	257/2014
11.13	Satzung der Stadt Schwelm über die Festsetzung des Höchstbetrages der Kredite zur Liquiditätssicherung für das Haushaltsjahr 2015	223/2014
11.14	Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer (Änderungssatzung)	232/2014/1
11.15	Haushaltssatzung, Sanierungsplan mit Fortschreibung des Personalwirtschaftskonzeptes, sowie Haushaltsplan mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2015	235/2014

12	a) Jahresabschluss 2013 der Technischen Betriebe Schwelm AöR (nur Verwaltungsrat) b) Ausübung des Weisungsrechtes gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Finanzausschuss und Rat)	111/2014
13	a) 8. Nachtrag zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat) b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechtes gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Rat)	239/2014
14	a) 3. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat) b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechtes gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Rat)	241/2014
15	a) 8. Nachtrag zur Gebührensatzung für die Abfallwirtschaft in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat) b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechtes gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Rat)	242/2014
16	Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Stadt Schwelm 2015 - 2020	113/2014
17	Aufbauorganisation der Stadt Schwelm	234/2014
18	Zentralisierung der Verwaltung - Entscheidungen für eine zukunftsorientierte bürgernahe Verwaltung	247/2014
19	Auskunftspflicht nach § 43 Abs. 3 der Gemeindeordnung und Angaben gemäß § 16 Korruptionsbekämpfungsgesetz - Verfahren und Veröffentlichung -	238/2014
20	Bildung kommunalpolitischer Kommissionen	237/2014
21	Betrauung der Wirtschaftsförderungsagentur Ennepe-Ruhr GmbH (EN-Agentur) mit Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse	224/2014
22	Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Produkt 16.01.01 - Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen	222/2014
23	Änderung der Richtlinien für die Sportförderung der Stadt Schwelm	129/2014
24	Schulentwicklungsplan 2014	130/2014/1

25	Änderung der Satzung für das Jugendamt Schwelm	139/2014
26	Erstellung eines neuen Mietspiegels	256/2014
27	Rufbereitschaft des Ordnungsamtes -Prüfung des Abschlusses einer öffentlich-rechtlichen-Vereinbarung-	100/2014
28	Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung	

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Bürgermeister Stobbe eröffnet die Sitzung des Rates und begrüßt alle Anwesenden.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Zur Tagesordnung weist er auf nachstehende Ergänzungen bzw. Erweiterungen hin:

Auszutauschende bzw. hinzukommende Vorlagen:

- VL 253/2014/1 → ersetzt VL 253/2014 – TOP A 11.9
- VL 254/2014/1 → ersetzt VL 254/2014 – TOP A 11.10
- VL 232/2014/1 → ersetzt VL 232/2014 – TOP A 11.14

- VL 260/2014 → neu TOP A 11.7
Haushaltsantrag der Fraktion "DIE LINKE." vom
13.11.2014 - Einstellung eines/r
Gewerbesteuerprüfers/-prüferin –

- VL 231/2014/1 → neu TOP B 4.1
Personalangelegenheit - Beförderung eines
Beamten

Herr Feldmann teilt an dieser Stelle mit, dass die Fraktion DIE LINKE. den unter TOP A 11.7 aufgeführten Antrag zurückziehe und bittet anstatt dessen den neu gestellten Antrag zur Konnexität zu beraten.

Nach kurzer Erörterung kristallisiert sich heraus, dass sich die Fraktionen bisher noch nicht mit dem neuen Antrag befassen konnten.

Hinsichtlich der im Vorfeld zur Vertagung vorgeschlagenen Vorlagen schlägt Herr Gießwein das Vorgehen wie in der letzten Hauptausschusssitzung vor und beantragt en bloc die Vertagung der Vorlagen 234/2014 (TOP A 17), 247/2014 (TOP A 18), 130/2014/1 (TOP A 24), 100/2014 (TOP A 27) und zusätzlich Vorlage 256/2014 (TOP A 26).

Auf den Einwand des Herrn Stutzenberger, dass insgesamt die Vorlagen zu den TOP A 16 bis 20 und 23 bis 27 zur Vertagung vorgesehen waren, erläutert Herr Stobbe, dass im Hauptausschuss die unstrittigen Themen doch beschlossen worden seien und hält es für sinnvoll, in heutiger Sitzung ebenso zu verfahren.

Herr Flühöh äußert rechtliche Bedenken gegen die Erweiterung der Tagesordnung um den TOP B 4, hier 4.1 und die Aufnahme der Vorlage 231/2014/1. Er sehe die für die Aufnahme erforderliche Dringlichkeit unter juristischen Gesichtspunkten nicht gegeben.

Bürgermeister Stobbe erkundigt sich, ob diese Rechtsauffassung geteilt werde.

Anschließend ruft er zur getrennten Beschlussfassung über die verschiedenen Anträge auf.

Abstimmung über die Erweiterung der Tagesordnung um TOP B 4, hier 4.1 mit der Vorlage 231/2014/1:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	14
	dagegen:	23
	Enthaltungen:	

En-Bloc-Abstimmung über die Vertagung der Vorlagen

- 234/2014 (TOP A 17),
- 247/2014 (TOP A 18),
- 130/2014/1 (TOP A 24),
- 100/2014 (TOP A 27) und zusätzlich
- Vorlage 256/2014 (TOP A 26):

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Anschließend steigt Herr Stobbe in die beschlossene geänderte Tagesordnung ein.

3 Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung

Es meldet sich Herr Marold, stellvertretend für den VfB Schwelm und die Spielvereinigung Linderhausen und kündigt an, eine Frage zum TOP 11.7 zu stellen.

Es gehe um die Entscheidung über den Bau eines möglichen Kunstrasenplatzes. Der Rat sei darüber informiert worden, dass die beiden Vereine zwei Kunstrasenplätze benötigen um die fußballspielenden Jugendlichen versorgen zu können. Ein einziger Platz sei keine Lösung und stranguliere die Arbeit. Die Zuschüsse an die Vereine seien gekürzt worden und werden ausschließlich und vollständig zur Kostendeckung der von den Vereinen zu erbringenden Aufwendungen wie z.B. Energiekosten verwendet. Er stellt in Frage, wie die Vereine bei der gekürzten Zuschusssituation den Spielbetrieb aufrechterhalten sollen.

Die Fraktionen signalisieren, in ihren heutigen Haushaltsreden zu dieser Thematik auszuführen.

Frau Beck von der Volkshochschule (VHS) bezieht sich auf TOP 11.8 und weist darauf hin, dass die VHS bei Veräußerung des Gebäudes Kaiserstraße hinsichtlich ihrer Terminplanung für 2016 vollkommen in der Luft hänge und bisher noch keine Rückmeldung erhalten habe, wo die Kurse alternativ stattfinden können.

Herr Stobbe erklärt, das Gespräch mit der VHS gesucht zu haben und bestätigt, dass in 2015 Lösungen für diese Problematik gesucht werden müssen.

4 Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Stobbe und Herr Schweinsberg geben einen Überblick über alle von ihnen wahrgenommenen Tätigkeiten nach dem Korruptionsbekämpfungsgesetz für 2012 und 2013.

Herr Flüshöh nimmt Bezug auf seine Ausführungen im Hauptausschuss und dankt Herrn Stobbe, die Thematik aufgegriffen zu haben. Hinsichtlich der Abführungspflicht erklärt er, dass die KPV um deren Abschaffung kämpfe, der Innenminister das Thema aber noch nicht aufgegriffen habe. Nach einem Schnellbrief aus 2005 gebe es eine schadensrechtliche und eine strafrechtliche Bewertung. Er sei froh, nun eine Lösung gefunden zu haben und gehe davon aus, hinsichtlich der Abführung noch eine belastbare Aussage zu erhalten.

Herr Stobbe verweist hierzu auf den nichtöffentlichen Sitzungsteil.

Herr Rüth teilt mit, dass vorgestern eine Information von Straßen NRW eingegangen sei, dass der Straßenbelag der B 7 in dem Bereich ab der Carl-vom-Hagen-Straße bis zur Wuppertaler Stadtgrenze erneuert werde. Die Maßnahme dauere ca. 100 Tage und werde verschiedene Verkehrsumleitungen erfordern.

Herr Stobbe informiert über eine Mitteilung zum interkommunalen Gewerbegebiet. Er verliest hierzu eine Meldung. Es gebe eine Vereinbarung mit der Stadt Sprockhövel, die bereits vor der Kommunalwahl getroffen worden sei. Die Stadt Sprockhövel habe ihre hierzu erforderlichen Beschlüsse bereits vorbereitet. In Schwelm werden diese im Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung (AUS) im Januar 2015 vorgelegt. Zunächst werde er aber nochmals mit der als dritte Stadt im Bunde anvisierten Stadt Gevelsberg sprechen.

Anschließend berichtet der Bürgermeister über die neuesten Informationen zur Förderung der Schulsozialarbeit. Nach heutiger Ergänzung des Schnellbriefes 216/2014 des Städte- und Gemeindebundes NRW sind Mittel für die Kreise und kreisfreien Städte als Kostenträger vorgesehen. Die Schulsozialarbeit entwickle sich damit weiter. Er werde zu gegebener Zeit weiter berichten.

5 Ergänzung der stellvertretenden Ausschussbesetzung im Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung

236/2014

Beschluss:

Die nachstehend aufgeführte Ausschussbesetzung für den Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung (AUS) wird beschlossen:

Position im AUS	Bisher	Neu
5. Stellvertretungsposition der CDU-Fraktion	N.N.	Marcel Gemke
6. Stellvertretungsposition der CDU-Fraktion	N.N.	Armin Leibiger

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	<input checked="" type="checkbox"/>
----------------------	-------------	-------------------------------------

ohne Bürgermeister
Herr Kick war bei der Abstimmung nicht anwesend.

6 Neubildung des KAMS und Berufung ausländischer MitbürgerInnen als sachkundige EinwohnerInnen in städtische Ausschüsse 244/2014

Beschluss:

Die in der Sitzungsvorlage 244/2014 aufgeführten ausländischen MitbürgerInnen werden für die Legislaturperiode 2014 – 2020 zu Vertrauensleuten im KAMS bestimmt.

Die in der Sitzungsvorlage 244/2014 aufgeführten ausländischen MitbürgerInnen werden als sachkundige EinwohnerInnen mit beratender Stimme in die genannten städtischen Ausschüsse berufen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	<input checked="" type="checkbox"/>
----------------------	-------------	-------------------------------------

7 26. FNP-Änderung (Bereich Blücherstr./August-Bendler-Str.) 198/2014/2
1. Ergebnis aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB
2. Ergebnis aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB
3. Beschluss zur Beteiligung gem. § 3 (2) BauGB und § 4 (2) BauGB

Beschluss:

- 1. Ergebnis aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB**
Die Beteiligung gem. § 3 (1) BauGB fand in der Zeit vom 15.09.2014 bis einschließlich 17.10.2014 statt. Während dieser Zeit gingen keine Anregungen bei der Verwaltung ein.

2. Ergebnis aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB

Die Beteiligung gem. § 4 (1) BauGB fand in der Zeit vom 15.09.2014 bis einschließlich 17.10.2014 statt. Die während der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange vorgetragene Anregung der AGU Schwelm wird, wie in dieser Vorlage dargestellt, abgewogen.

3. Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB.

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des beigefügten Entwurfes (Darlegungskonzept) die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB durchzuführen. Während dieser Auslegungsfrist (Dauer 1 Monat) wird der Öffentlichkeit Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben.

Die Verwaltung wird beauftragt die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	35
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	

8 Bebauungsplan Nr. 96 "Historische Brauerei" 097/2014/2
1. Abwägung und Beschlussfassung aus den
Beteiligungen gem. § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2
BauGB

2. Beschluss zur erneuten Beteiligung der
Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 sowie zur erneuten
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger
öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Beschluss:

1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit vom 28.04.2014 bis einschließlich 31.05.2015 vorgetragene Anregungen werden, wie in Ziffer 2. dieser Vorlage dargestellt, abgewogen.
2. Die während der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB vorgebrachten Anregungen werden, wie in Ziffer 3 dargestellt, abgewogen.
3. Die nach dem Besitzerwechsel des Brauereigeländes vorgetragene Anregungen des neuen Grundstückseigentümers (Anlage 12 und 13) werden, wie in Ziffer 4 dargestellt, abgewogen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Vorentwurfs (Darlegungskonzept) die erneute Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB für die Dauer von einem Monat durchzuführen.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Vorentwurfs (Darlegungskonzept) die erneute Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB durchzuführen.
6. „Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Investor einen städtebaulichen Vertrag über eine attraktive städtebauliche Gestaltung und Nutzung des Brauereigeländes zu entwickeln.“

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

- 9** **1. Änderung Bebauungsplan Nr. 92 "Drosselstraße" 195/2014/2**
1) Ergebnis aus der Beteiligung der Öffentlichkeit
gem. § 3 (2) BauGB
2) Ergebnis aus der Beteiligung der Behörden und
sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2)
BauGB
3) Beschluss zur erneuten Beteiligung gem. § 3 (2)
BauGB und gem. § 4 (2) BauGB

Beschluss:

1. Das Ergebnis aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Ergebnis aus der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB wird zur Kenntnis genommen. Der vorgetragenen Anregung der AGU-Schwelm wird, wie in dieser Vorlage dargestellt, nicht gefolgt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten geänderten Entwurfs (Darlegungskonzept) die erneute Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	32
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	3

- 10** **Bebauungsplan Nr. 97 "Südstraße" 206/2014/2**
1. Ergebnis aus der Beteiligung gem. § 3 (2) BauGB
2. Ergebnis aus der Beteiligung gem. § 4 (2) BauGB
3. Beschluss zur erneuten Beteiligung gem. § 3 (2)
und § 4 (2) BauGB

Herr Weidenfeld bezieht sich auf die Ausführungen im Hauptausschuss und erkundigt sich, ob der Eigentümer zum Erhalt der Bäume bewegt werden konnte.

Herr Striebeck teilt mit, dass es eine Kontaktaufnahme mit dem Eigentümer gegeben habe und dieser den Baumbestand grundsätzlich so beibehalten wolle.

Auf Nachfrage des Herrn Weidenfeld, bestätigt Herr Striebeck, dass es bisher nur die mündliche Aussage des Eigentümers gebe, da die Kontaktaufnahme auch erst am gestrigen Tage stattgefunden habe.

Herr Weidenfeld weist darauf hin, dass die Festsetzung eines Baumbestandes im Baulandverfahren die einzige Handhabe sei, auf den Baumbestand Einfluss zu nehmen.

Herr Feldmann bringt zum Ausdruck, die Aussage des Eigentümers gerne schriftlich haben zu wollen.

Beschluss:

1. Das Ergebnis aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Ergebnis aus der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB wird zur Kenntnis genommen. Der Anregung des LWL-Archäologie für Westfalen wird gefolgt, der Hinweis „Bodendenkmäler“ wird um die „vermuteten Bodendenkmäler“ ergänzt. Der vorgetragene Anregung der AGU-Schwelm wird, wie in dieser Vorlage dargestellt, nicht gefolgt
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des beigefügten geänderten Vorentwurfs die erneute Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § (2) BauGB und die erneute Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	32
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	2

11 Haushalt 2015

Zunächst tragen alle Fraktionen ihre Haushaltsreden vor.
Im Einzelnen sind dies

- Herr Kick für die SPD-Fraktion
- Herr Flühöh für die CDU-Fraktion
- Frau Burbulla für die Fraktion DIE BÜRGER
- Herr Gießwein für die Fraktion B'90/Die Grünen
- Herr Schwunk für die FDP-Fraktion
- Herr Dr. Bockelmann für die SWG-BfS-Fraktion und
- Herr Feldmann für die Fraktion DIE LINKE.

**11.1 Haushaltssanierungsplan Maßnahme Nr. 11-
Energiekosten Straßenbeleuchtung**

202/2014

Beschluss:

Die im Haushaltssanierungsplan ausgewiesene Maßnahme Nr. 11 „ Senkung der Sachaufwendungen 12.01.01.528111 – Energiekosten Straßenbeleuchtung“ mit einem jährlichen Volumen von 48.000 € wird nicht weiter verfolgt. Die Verwaltung wird aufgefordert, gemäß den Vorgaben des Stärkungspaktgesetzes die Summe durch geeignete Maßnahmen zu kompensieren.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	13

11.2 Erhöhung der Bewohnerparkausweisgebühren

258/2014

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die zur Zeit gültige Höchstgebühr von 30,70 € jährlich für Bewohnerparkausweise nach Gebührenziffer 265 der GebOST zu erheben.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	----------

**11.3 Haushaltssanierungsplan Maßnahme Nr. 12 -
Optimierung der Musikschule**

215/2014/1

Beschluss:

Die drei im Haushaltssanierungsplan bei der Maßnahme Nr. 12 „Optimierung der Musikschule 04.01.03.432100 / 04.01.03.459100 / 04.01.03.525500“ explizit ausgewiesenen Punkte werden nicht mehr als solche Maßnahme geführt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	14
	dagegen:	13
	Enthaltungen:	10

**11.4 Haushaltsantrag der Fraktion "Die Bürger" vom
29.09.2014 - Sach- und Dienstleistungen an die TBS**

208/2014/1

Beschluss:

Die Ansätze für die Sach- und Dienstleistungen an die TBS (Winterdienst) werden um 50.000 € reduziert.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	----------

11.5 Haushaltsantrag der Fraktion "Die Bürger" vom 29.09.2014 -Kenntnisnahme von Haushaltsüberschreitungen- 210/2014/1

Beschluss:

1. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen ab 10.000 € werden näher erläutert.
2. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bis zu einer Höhe von 10.000 €, werden dem Finanzausschuss und dem Rat weiterhin in Listenform zur Kenntnis gegeben.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	----------

11.6 Haushaltsantrag der Fraktion "DIE LINKE." vom 23.10.2014 -Forderung an die Landesregierung NRW und die Bundesregierung- 233/2014

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

11.7 Haushaltsantrag der Fraktion "DIE LINKE." vom 13.11.2014 - Einstellung eines/r Gewerbesteuerprüfers/-prüferin - 260/2014

Herr Feldmann beantragt Vertagung zunächst in den nächsten Hauptausschuss.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	----------

11.8 Sportflächenentwicklung in Schwelm (Kunstrasen) 251/2014

Herr Schwunk beantragt Vertagung. Er möchte die Chance nutzen, mit den Vereinen das Gespräch zu suchen und im Januar 2015 weiter über die Angelegenheit beraten.

Herr Lenz hat wahrgenommen, dass in heutiger Sitzung neue Erkenntnisse eingebracht worden seien, aus denen sich unter anderem die Frage stelle, ob die unter Punkt 4 des Beschlussvorschlages aufgeführte Maßnahme eine tatsächlich realisierbare Maßnahme sei und aufrecht erhalten bleiben könne. Auf die Bitte an die Verwaltung, sich zu den neuen Erkenntnissen zu positionieren, antwortet ihm Herr Stobbe unter anderem, dass die 110.000 € für den Platz Linderhausen und den VfB-Platz stets unter dem Blickwinkel der Pflegekosten verhandelt worden seien. Die Beschlussfassung umfasse, dass zwei Sportflächen und damit deren Pflegeaufwand entfallen und dafür ein Kunstrasenplatz mit dessen Pflegeaufwand hinzukomme.

Eine weitere Nachfrage des Herrn Lenz zu der Einsparung von 100.000 € bejaht Herr Stobbe unter Voraussetzung der Aufgabe der bestehenden Plätze.

Herr Flüshöh erkundigt sich, ob es stimme, dass zwei Mal jährlich eine Aufstellung erbracht werde, für welche Aufwendungen (wie z.B. Wasserkosten) die Mittel verwendet worden seien.

Herr Striebeck bejaht hierzu, dass zwei Mal jährlich eine Begehung stattfinde, bei der die jeweiligen Verwendungsnachweise vorgelegt werden. In diesen sind auch derartige Positionen enthalten.

Herr Stutzenberger teilt mit, dem Vertagungsantrag des Herrn Schwunk folgen zu wollen. Die Ausführungen, wie sie der Vorlage zu entnehmen seien, könnten so nicht stimmen. Er erläutert die Gründe. In Wuppertal gebe es ein Sportinstitut, das sich auf Kunstrasenplätze spezialisiert habe und selbst derartige Plätze plane. Von diesem Institut gebe es Ausführungen, dass ein Kunstrasenplatz 360 – 450 tsd. € koste. Wenn diese unterhalten werden sollen, müssen jährliche Rückstellungen in Höhe von rd. 20 tsd. € getätigt werden, in denen noch keine Pflegekosten enthalten seien. Die Vorlage müsse seines Erachtens nochmals überarbeitet werden. So sei sie nicht abstimmungsreif.

Herr Kranz erklärt ebenfalls, dem Vertagungsantrag der FDP zuzustimmen.

Herr Flüshöh gibt zu bedenken, dass mit einer vollständigen Vertagung der Vorlage auch die Angelegenheit der Wilhelmshöhe ruhe und schlägt vor, die Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlages zu entscheiden und nur die Punkte 3 und 4 zu vertagen. Er beantragt, über seinen Vorschlag abzustimmen.

Es schließt sich ein weiterer Meinungs austausch zu den vorgetragenen Vertagungsalternativen an, an dessen Ende Herr Gießwein beantragt, über die Vertagung der Punkte 1 bis 4 des Beschlussvorschlages einzeln abzustimmen.

Abstimmung über die **Vertagung des Punktes 1** des Beschlussvorschlages:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	8
	dagegen:	29
	Enthaltungen:	

- Nicht vertagt -

Beschlussfassung über Punkt 1 des Beschlussvorschlags:

Die städtische Sportfläche Wilhelmshöhe wird veräußert, mit dem Ziel, dort eine Wohnbebauung vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	32
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	3

Abstimmung über die **Vertagung des Punktes 2** des Beschlussvorschlags:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	8
	dagegen:	29
	Enthaltungen:	

- Nicht vertagt -

Beschlussfassung über Punkt 2 des Beschlussvorschlags:

Als Ersatz für die durch den Verkauf wegfallende Sportfläche an der Wilhelmshöhe wird die Spielfläche / Freizeitfläche im Bahnhofspark / Blücherstraße ausgebaut / aufgewertet. Im Haushaltsjahr 2016 werden hierfür Finanzmittel in Höhe von 200.000 € zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	29
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	7

Absti

mmung über die **Vertagung des Punktes 3** des Beschlussvorschlags:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	22
	dagegen:	15
	Enthaltungen:	

- vertagt -

Abstimmung über die **Vertagung des Punktes 4** des Beschlussvorschlags:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	

- vertagt –

11.9 Veräußerung des Gebäudes Kaiserstraße 69

252/2014

Beschluss:

Das städtische Gebäude Kaiserstraße 69 wird veräußert. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum Ende des I. Quartals 2015 ein Konzept zu erstellen, aus dem sich ergibt, wo und in welcher Form der Betrieb der Volkshochschule bzw. der städtischen Musikschule weitergeführt werden kann.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	34
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	1

11.10 Erhöhung der Eintrittsentgelte für das Hallenbad sowie der Nutzungsentgelte für die Sportstätten der Stadt Schwelm

253/2014/1

Herr Dr. Bockelmann beantragt getrennte Abstimmung über Punkt a) und b) des Beschlussvorschlags.

Beschluss:

- a) Die Eintrittsentgelte für das Hallenbad der Stadt Schwelm werden ab dem 01.01.2015 um ca. 9 – 12 % erhöht. Die einzelnen Erhöhungsbeträge ergeben sich aus der als Anlage beigefügten Tabelle.
- b) Die Nutzungsentgelte für die Sportstätten der Stadt Schwelm werden zum 01.01.2016 über die Stundenverrechnungssätze so erhöht, dass sich ein Mehrertrag von 32.000 € ergibt.

Abstimmung über Punkt a) des Beschlussvorschlags:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	35
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	

Abstimmung über Punkt b) des Beschlussvorschlags:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	32
	dagegen:	5
	Enthaltungen:	

11.11 Beitrag zur Haushaltskonsolidierung durch Einsparungen im Bereich der städtischen Kindertagesbetreuung

254/2014/1

Herr Gießwein erklärt, dass er der Vorlage nicht zustimmen könne, wenn nicht der Zusatz „unter Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen“ aufgenommen werde und beantragt dies.

Herr Feldmann teilt diese Auffassung.

Herr Stobbe ruft sodann zur Abstimmung über den Beschlussvorschlag, ergänzt um den Zusatz „unter Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen“ als weitergehenden Antrag auf.

Geänderter Beschluss:

Es soll die Möglichkeit einer Übernahme der städtischen KiTas (0 bis 3) / OGS durch freie Träger unter allen rechtlichen Rahmenbedingungen **unter Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen** geprüft werden und der Politik zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	32
	dagegen:	5
	Enthaltungen:	

11.12 Etatentwurf 2015 - Kürzung von Sach - und Dienstleistungen und sonstigen ordentlichen Aufwendungen

257/2014

Kenntnisnahme festgestellt

11.13 Satzung der Stadt Schwelm über die Festsetzung des Höchstbetrages der Kredite zur Liquiditätssicherung für das Haushaltsjahr 2015

223/2014

Beschluss:

Die als Anlage 1 der Sitzungsvorlage 223/2014 beigefügte Satzung über die Festsetzung des Höchstbetrages der Kredite zur Liquiditätssicherung für das Haushaltsjahr 2015 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	24
	dagegen:	11
	Enthaltungen:	2

11.14 Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer (Änderungssatzung) 232/2014/1

Frau Lubitz beantragt Einzelabstimmung zu Grundsteuer A, Grundsteuer B und Gewerbesteuer.

Nach kurzer Erörterung, wie der Antrag ausformuliert werden könne, verständigt sich der Rat darauf, den Wortlaut des Beschlussvorschlags jeweils um die entsprechende Bezeichnung der zu beschließenden Steuer zu erweitern.

Herr Stobbe ruft anschließend zu den nachfolgenden Abstimmungen auf.

Geänderter Beschluss zur Grundsteuer A:

Die 6. Änderungssatzung über die Festsetzung der Steuersätze für die **Grundsteuer A** in der Stadt Schwelm wird entsprechend dem der Verwaltungsvorlage Nr. 232/2014/1 beigefügten Entwurf beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	12
	dagegen:	24
	Enthaltungen:	1

Geänderter Beschluss zur Grundsteuer B:

Die 6. Änderungssatzung über die Festsetzung der Steuersätze für die **Grundsteuer B** in der Stadt Schwelm wird entsprechend dem der Verwaltungsvorlage Nr. 232/2014/1 beigefügten Entwurf beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	11
	dagegen:	25
	Enthaltungen:	1

Geänderter Beschluss zur Gewerbesteuer:

Die 6. Änderungssatzung über die Festsetzung der Steuersätze für die **Gewerbesteuer** in der Stadt Schwelm wird entsprechend dem der Verwaltungsvorlage Nr. 232/2014/1 beigefügten Entwurf beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	14
	dagegen:	23
	Enthaltungen:	

11.15 Haushaltssatzung, Sanierungsplan mit Fortschreibung des Personalwirtschaftskonzeptes, sowie Haushaltsplan mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2015 **235/2014**

Herr Flüshöh beantragt die Einrichtung eines Sperrvermerks für den Ankauf von Flächen im Bereich Bahnhof Loh von der BEG bei den 70.000 € investiv zugunsten des AUS.

Herr Stobbe stellt den Antrag des Herrn Flüshöh zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	2

Im Anschluss ruft er zur Abstimmung über den Beschlussvorschlag aus Vorlage 235/2014 auf.

Beschluss:

1. Der Stellenplan 2015 wird beschlossen.
2. Der Haushaltssanierungsplan 2015 mit Fortschreibung des Personalwirtschaftskonzeptes wird beschlossen.
Nach dem Haushaltssanierungsplan ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2016 wieder hergestellt. Die dafür im Haushaltssanierungsplan enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplanes umzusetzen.
3. Für das Haushaltsjahr 2015 wird folgende Haushaltssatzung erlassen: (siehe Anlage)
4. Die TBS werden beauftragt, die im Haushaltsplan der Stadt Schwelm veranschlagten technischen Maßnahmen und Dienstleistungen im Rahmen der ausgewiesenen Mittel nach den Regeln der Unternehmenssatzung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	12
	dagegen:	25
	Enthaltungen:	

12 a) Jahresabschluss 2013 der Technischen Betriebe Schwelm AöR (nur Verwaltungsrat) b) Ausübung des Weisungsrechtes gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Finanzausschuss und Rat) 111/2014

Herr Kranz beantragt für die TOP 12 bis 15 Vertagung, da sich die Fraktion der SWG/BfS nach der Sitzung des Verwaltungsrates am 25.11.2014 bisher noch nicht wieder mit der Thematik befassen konnte.

Nach kurzer Erläuterung der Hintergründe durch Herrn Schweinsberg, klammert Herr Kranz die Vertagung zu TOP 12 – Vorlage 111/2014 aus seinem zuvor gestellten Vertagungsantrag aus.

Herr Stobbe bittet um Abstimmung über den Beschlussvorschlag aus Vorlage 111/2014.

Beschluss (zu b / Ergebnisverwendung):

Der Rat der Stadt Schwelm macht von seinem Weisungsrecht gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung keinen Gebrauch.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Frau Lotz und Herr Dr. Mayer waren während der Abstimmung nicht anwesend.

13 a) 8. Nachtrag zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat) b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechtes gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Rat) 239/2014

Herr Flocke erklärt dem Rat, dass er ernsthaft davor warne, den Tagesordnungspunkt zu vertagen. Die Technischen Betriebe Schwelm brauchen für 2015 eine Gebührengrundlage. Es wäre fatal, eine Angelegenheit, die vom Fachausschuss selbst bereits einmütig beschlossen worden sei, aus vorgetragenen Gründen zu vertagen.

Der Bürgermeister ruft sodann zur Abstimmung des Vertagungsantrags des Herrn Kranz auf.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	4
	dagegen:	33
	Enthaltungen:	

Anschließend stellt Herr Stobbe den Beschlussvorschlag aus Vorlage 239/2014 zur Abstimmung.

Beschluss (zu b):

Der Rat der Stadt Schwelm macht keinen Gebrauch von seinem Weisungsrecht gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	32
	dagegen:	5
	Enthaltungen:	

- 14 **a) 3. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat)** 241/2014
b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechts gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Rat)

Herr Kranz zieht seinen zuvor gestellten Vertagungsantrag für die übrigen Tagesordnungspunkte zurück.

Beschluss (zu b):

Der Rat der Stadt Schwelm macht keinen Gebrauch von seinem Weisungsrecht gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	33
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	

- 15 **a) 8. Nachtrag zur Gebührensatzung für die Abfallwirtschaft in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat)** 242/2014
b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechts gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Rat)

Beschluss (zu b):

Der Rat macht keinen Gebrauch von seinem Weisungsrecht gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	33
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	

- 16 Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Stadt Schwelm 2015 - 2020 113/2014**

Beschluss:

Die Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Stadt Schwelm 2015 bis 2020 wird wie in der Vorlage 113/2014 dargestellt beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	3

Herr Lenz und Herr Philipp waren während der Abstimmung nicht anwesend.

- 17 Aufbauorganisation der Stadt Schwelm 234/2014**

Vertagt auf die nächste Sitzung

- 18 Zentralisierung der Verwaltung - Entscheidungen für eine zukunftsorientierte bürgernahe Verwaltung 247/2014**

Vertagt auf die nächste Sitzung

- 19 Auskunftspflicht nach § 43 Abs. 3 der Gemeindeordnung und Angaben gemäß § 16 Korruptionsbekämpfungsgesetz - Verfahren und Veröffentlichung - 238/2014**

Beschluss:

Der Rat beschließt folgendes Verfahren zur Erhebung der Angaben und Veröffentlichung der Daten nach der Gemeindeordnung (GO NRW) und dem Korruptionsbekämpfungsgesetz (KorruptionsbG):

1. Die Auskünfte nach § 43 Abs. 3 GO NRW sowie die Angaben nach § 16 KorruptionsbG werden jährlich durch ein einheitliches Anzeigeverfahren im Wege eines einheitlichen Meldebogens schriftlich gegenüber dem Hauptverwaltungsbeamten erklärt.
2. Die nach § 16 KorruptionsbG von den Mitgliedern des Rates und den sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern jährlich zu veröffentlichenden Daten werden dauerhaft über das Ratsinformationssystem auf der Homepage der Stadt Schwelm veröffentlicht. Die Gewähr für die Richtigkeit der Angaben und die Aktualisierung bei Veränderungen liegt bei dem/der Meldepflichtigen.
3. Das Verfahren der Veröffentlichung über das Internet wird einmalig durch öffentliche Bekanntmachung bekannt gemacht, danach wird durch einen Hinweis auf der Homepage publiziert.
4. Von den persönlichen Daten, die nach § 43 Abs. 3 GO NRW zu erklären sind, werden Namen und Anschrift über das Ratsinformationssystem veröffentlicht.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	1

Herr Lenz und Herr Philipp waren während der Abstimmung nicht anwesend.

Beschluss:

- 1. Die Bildung nachstehender kommunalpolitischer Kommissionen wird beschlossen:**

Bezeichnung	Zusammensetzung
Radwegekommission	Vertreter der Fraktionen, der Verwaltung, der TBS der Polizei sowie fahrradrelevanten Gruppen (z.B. Kinderschutzbund, Gymnasium, ADFC- + VCD-EN-Kreis
Spielplatzkommission	Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und der Verwaltung

2. Die nachstehenden in der Vergangenheit durch Ratsbeschluss dauerhaft gebildeten Gremien und ihre jeweilig dazu ergangenen Beschlüssen zur Entschädigung werden bestätigt:

Bezeichnung	Zusammensetzung	Bemerkungen
Koordinierungskreis Ausländischer Mitbürger Schwelm (KAMS)	Ausländische Mitbürger – Vertreter von Verbänden – Vertreter der Fraktionen – Vertreter der Verwaltung	Erstmalig am 05.05.1972 gebildet – dauerhaftes Gremium, das aufgrund besonderer Wahl nach der Kommunalwahl neu gebildet wird – Entschädigungszah- lungen wie Verdienstaussfall und Sitzungsgeld (§ 10 Hauptsatzung)
Sozialbezirksvorsteher	Vertreter der Sozialbezirke und der Verwaltung	erstmalig in 1947 gebildet – dauerhaftes Gremium – Sitzungsgeldzahlungen aufgrund des Ratsbeschlus- ses vom 14.12.2000

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	3

Herr Lenz und Herr Philipp waren während der Abstimmung nicht anwesend.

**21 Betrauung der Wirtschaftsförderungsagentur
Ennepe-Ruhr GmbH (EN-Agentur) mit
Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen
Interesse**

224/2014

Beschluss:

Der Rat betraut die Wirtschaftsförderungsagentur Ennepe-Ruhr GmbH (EN-Agentur) mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse unter Beachtung der EU-beihilferechtlichen Vorgaben gemäß dem als Anlage 1 beigefügten Betrauungsakt für einen Zeitraum von 10 Jahren.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	----------

Herr Lenz und Herr Philipp waren während der Abstimmung nicht anwesend.

- 22 Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Produkt 16.01.01 - Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen 222/2014**

Beschluss:

Bei der Haushaltsstelle 16.01.01.559900 - „sonstige Finanzaufwendungen“ werden überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 590.000,00 EUR bewilligt. Die Deckung ist durch Mehrerträge/ Mehreinzahlungen in Höhe von 200.000 € bei der Haushaltsstelle 16.01.01.456200 - „Säumniszuschläge u.ä.“ und Minderaufwendungen/Minderauszahlungen in Höhe von 390.000 € bei der Haushaltsstelle 16.01.02.551701 - „Zinsaufwendungen aus Liquiditätskrediten an Kreditinstitute“ sichergestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	----------

Herr Lenz und Herr Philipp waren während der Abstimmung nicht anwesend.

- 23 Änderung der Richtlinien für die Sportförderung der Stadt Schwelm 129/2014**

Beschluss:

Die Richtlinien für die Sportförderung der Stadt Schwelm werden wie folgt ergänzt:
1.1.1 Zum Schutz der Kinder und Jugendlichen ist mit den Vereinen und Verbänden eine Vereinbarung über einen Tätigkeitsausschluss von Personen, die wegen einer Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung rechtskräftig verurteilt worden sind, zu treffen.
Vereinen und Verbänden, die dieser Vereinbarung zur Erbringung des erweiterten Führungszeugnisses nicht nachkommen, werden keine Räumlichkeiten oder Sportanlagen der Stadt zur Nutzung zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	----------

Frau Burbulla, Herr Lenz und Herr Philipp waren während der Abstimmung nicht anwesend.

- 24 Schulentwicklungsplan 2014 130/2014/1**
Vertagt auf die nächste Sitzung

25 Änderung der Satzung für das Jugendamt Schwelm 139/2014

Beschluss:

Die Änderungen der Satzung für das Jugendamt der Stadt Schwelm werden wie im Sachverhalt dargestellt beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	----------

26 Erstellung eines neuen Mietspiegels 256/2014

Vertagt auf die nächste Sitzung

27 Rufbereitschaft des Ordnungsamtes -Prüfung des Abschlusses einer öffentlich-rechtlichen-Vereinbarung- 100/2014

Der Antrag wird analog den Ausführungen im letzten Hauptausschuss vom Antragsteller als erledigt angesehen.

28 Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung

Herr Dr. Bockelmann erkundigt sich nach dem Sachstand des Personalentwicklungskonzeptes und welche Maßnahmen inzwischen umgesetzt seien.

Herr Stobbe erläutert, dass die Gespräche mit dem Personalrat, der seinerzeit Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes erhoben hatte, inzwischen geführt worden seien und nun die Kompetenzen der einzelnen Mitarbeiter abgefragt werden müssen.

Auf den nachfolgenden Einwand des Herrn Dr. Bockelmann, der davon ausgeht, dass der Arbeitgeber über alle Qualifikationen, die ein Mitarbeiter in seiner Arbeitszeit erlangt hat, informiert sei, führt Herr Stobbe aus, dass die dienstlichen Weiterbildungen selbstverständlich bekannt seien, die Mitarbeiter aber auch teilweise außerhalb des Dienstes in ihrer privaten Zeit Qualifikationen erworben haben, die ebenfalls durch die Abfrage ermittelt werden sollen.

Herr Stark bezieht sich erneut auf an ihn gerichtete Nachfragen hinsichtlich einer fehlenden Haltemöglichkeit für Fernbusse am ZOB und erkundigt sich, ob in der Angelegenheit etwas unternommen werde.

Herr Stobbe weist nochmals darauf hin, dass über diese Thematik seinerzeit gesprochen und Alternativlösungen diskutiert worden seien. Ein solcher Haltepunkt sei in den Planungen des ZOB nicht vorgesehen gewesen, zumal es auch nach der Erörterung mit diversen Busunternehmen hierzu keinerlei Reaktionen gab.

Herr Kampschulte spricht die Parkplatzsituation an der Realschule bzw. am Ländchenweg an. Dort gebe es die sogenannten Lehrerparkplätze, die bis 16 Uhr diesem Personenkreis vorbehalten seien. Die Sporthalle jedoch werde auch schon vor 16 Uhr genutzt. Er erkundigt sich, ob die Lehrerparkplätze nicht bereits ab 15 Uhr freigegeben werden können.

Herr Guthier sagt zu, die Angelegenheit aufzugreifen und zunächst zu prüfen, ob es sich um eine öffentliche Verkehrsfläche handle oder die Thematik über das Hausrecht zu regeln sei.

Herr Zeilert bezieht sich auf einen Bericht im Radio EN, dass die Stadt Witten 1,5 Millionen € Zuschüsse für die Innenstadtsanierung erhalten habe und möchte wissen, ob sich Schwelm ebenfalls um derartige Zuschüsse bemüht habe.

Herr Stobbe erklärt, dass er zunächst mehr Hintergrundinformationen benötige, um die Frage beantworten zu können und kündigt die Beantwortung über das Protokoll an.

Antwort der Verwaltung:

Zuschüsse für Maßnahmen zur Innenstadtsanierung werden grundsätzlich nur objekt- bzw. maßnahmenbezogen durch die Landesregierung oder die Bezirksregierung zugebilligt. Da im Schwelmer Stadtgebiet keine förderungswürdigen Maßnahmen aus dem Bereich Innenstadtsanierung angefallen sind, wurden auch keine Anträge gestellt. Die Verwaltung prüft jede geplante Maßnahme im Stadtgebiet grundsätzlich auf ihre etwaige Förderungsmöglichkeit.

Frau Garn teilt mit, dass es das am Ende der Rechtsabbiegung von der Milsper Straße auf die Brunnenstraße seinerzeit dort vorhandene Rechtsabbiegeschild nicht mehr gebe. Dies sei entfernt worden, als sich dort eine Baustelle befand. Sie sei von Bürgern angesprochen worden, ob dies so bleibe.

Herr Rütth teilt mit, dass er sich den Bereich ansehen werde.

Als nächstes erkundigt sich Frau Garn, warum Schwelm nicht an der Liederaktion teilgenommen habe so wie die Städte Ennepetal, Gevelsberg, Sprockhövel und Breckerfeld.

Herr Stobbe erläutert hierzu, dass der Verwaltungsvorstand an verschiedenen Gesprächsrunden teilgenommen habe. Eine Teilnahme Schwelms wäre nur unter Einbeziehung von Linderhausen möglich gewesen. Hierzu hätte jedoch ein gemeinsames konkretes Projekt benannt werden müssen, zu dem es jedoch keine Vorschläge gab, aus denen sich etwas ableiten ließ.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 29 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 02.12.2014	Schritfführerin gez. Söhner	Der Bürgermeister gez. Stobbe
-------------------------	-----------------------------------	-------------------------------------